

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| 0) Präambel..... | 2 |
| 1) Solidarische und öffentliche Finanzen..... | 2 |
| 2) Gute Arbeit für alle!..... | 4 |
| 3) Für einen lebenswerten und sozialen Kreis..... | 7 |
| 4) Bildung und Ausbildung: ein universales Menschenrecht..... | 9 |
| 5) Für eine sozial-ökologische Verkehrswende..... | 12 |
| 6) Für die Würde des Menschen im Alter!..... | 13 |
| 7) Gesundheit!..... | 15 |
| 8) Gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen..... | 15 |
| 9) Ökologie..... | 17 |
| 10) Für ein solidarisches und demokratisches Miteinander..... | 20 |
| 11) Stärkung der lokalen Demokratie..... | 21 |

0) Präambel

Seit der Kommunalwahl 2009 haben wir uns gegen weitere Privatisierungen und für die Stärkung kommunaler Betriebe, gegen einen Stellenabbau und für bessere Arbeitsbedingungen in der Kreisverwaltung, gegen Kürzungen im sozialen, kulturellen oder Bildungsbereich und für eine bessere finanzielle Ausstattung verschiedenster Beratungsstellen eingesetzt.

Das wird auch so bleiben: DIE LINKE beteiligt sich auf keinen Fall an einer Politik, die Stellenabbau, Privatisierungen oder Sozialabbau betreibt und die nicht die Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessert. Solange grundlegende Reformen der kommunalen Finanzierung nicht umgesetzt sind, beteiligt sich DIE LINKE nicht an durch angebliche Sachzwänge diktierten Sparhaushalten.

Wir kämpfen in den Kommunen wie in Europa dafür, dass in unseren Städten und Gemeinden niemand in die soziale Isolation gedrängt wird. Wir können es uns nicht mehr leisten, dass die Interessen von Banken und Konzernen über die Interessen der Mehrheit der Menschen gestellt werden. Wir stehen für ein neues Modell der Gesellschaft, ein Modell des Miteinanders, der praktischen Solidarität. Soziale Gerechtigkeit muss wieder an erster Stelle stehen. Alle sollen wieder am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben und damit auch die Möglichkeit, sich an der demokratischen Willensbildung aktiv zu beteiligen, durch die Nutzung von Bürgerentscheiden wie durch die frühzeitige und direkte Beteiligung der Betroffenen an Planungs- und Entscheidungsprozessen.

1) Solidarische und öffentliche Finanzen

Der Zustand der kommunalen Finanzen ist katastrophal. Bund und Land übertragen den Gemeinden die Ausführung ihrer Gesetze und geben für diese Ausführung nicht das notwendige Geld. Es liegt ein ständiger Verstoß gegen das Konnexitätsprinzip vor.

Der Kreis und die Gemeinden leiden an einer permanenten und strukturellen Unterfinanzierung. Der Kreis schließt diese Lücke durch die Kreisumlage, was wiederum der Probleme der kreisangehörigen Städte weiter verschärft. Finanzlöcher verursachen „Schlaglöcher“.

Der Kreis erhält zukünftig die Kosten der Grundsicherung erstattet. Wir bekommen aber immer nur die Beträge des Vorjahres ausgezahlt. Bei Steigerungsraten von 20 bis 30 Prozent in der Grundsicherung pro Jahr laufen wir den Millionen hinterher. Das ist nur ein Beispiel, wie das Gemeindefinanzierungsgesetz und die Regelungen aus Bund und Land funktionieren. Wenn Kostenerstattung, dann zu 100 Prozent und nach den tatsächlichen Zahlen des laufenden Jahres.

Nachdem alle kreisangehörigen Städte Teilnehmer des „Stärkungspaktes Stadtfinanzen“ sind, stellt sich, wie von uns angekündigt, heraus, dass das Gegenteil von dem eintritt, was SPD, GRÜNE und FDP vollmundig versprochen haben.

In allen Städten im Kreis und in NRW fehlt an allen Ecken und Enden das Geld für Kitas, Schulen, Jugendeinrichtungen, Begegnungsstätten, Beratungsstellen bis hin zum sozialen Wohnungsbau.

Der „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ ist tatsächlich ein Strangulierungsgesetz.

Die neue Idee der Landesregierung mit ihrem „Kommunal-Soli“ ist um nichts besser. 59 Städte in NRW sollen mit 181 Millionen Euro zur Ader gelassen werden. Gemeinden, die gerade noch so ihren Haushalt finanziert bekommen, sollen für die Städte bluten, wo gar nichts mehr geht.

Das ist unsozial und verfassungswidrig.

Um eine grundsätzliche Änderung zu erreichen, sind zwei Schritte absolut notwendig:

1. Die komplette Entschuldung der Gemeinden, etwa so wie das bei den Finanzspekulationen der Großbanken passiert, nämlich Auslagerung in einen BAD-Fond.

Dieser Fond muss wegen des dauerhaften Verstoßes gegen das Konnexitätsprinzip durch Bund und Land bedient werden.

Und:

2. Die dauerhafte Anhebung des kommunalen Anteils nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz von derzeit 23,5 % auf 28 %.

Die Gegenfinanzierung durch die Einführung einer Millionärssteuer und einer höheren Erbschaftssteuer ist nicht nur der richtige Weg, sondern durch SPD und GRÜNE versprochen. Das ist weiterhin auf Bundes- und Landesebene zu fordern und durchzusetzen.

Aber was passiert z. Z.: Die Reichen bleiben weiter entlastet und die Armen weiter belastet.

Und was im Land die sogenannte Schuldenbremse in Gang setzt, das passiert bei uns mit dem Strangulierungsgesetz. Bei einem strukturellen Defizit von 30 Millionen Euro erhält eine Gemeinde eine Zuwendung nach dem „Stärkungspaktgesetz“ von 10 Millionen und muss aber zugleich sich verpflichten, 20 Millionen durch permanente Gebühren- und Steuererhöhungen und Leistungsstreichungen zu „erwirtschaften“.

Die gesamte soziale Infrastruktur wird bei einem solchen Haushaltsgebaren vor die Wand gefahren. Wie im Land, so auch im Kreis verkommt der Personalbestand, der in jedem vernünftigen Betrieb gehegt und gepflegt wird, zur Verfügungsmasse bei Kostensenkung und Streichungsorgien.

Das ist nicht nur „Arbeitsverdichtung“, sondern verschärfte Ausbeutung der Arbeitskraft der Kolleginnen und Kollegen der Arbeits- und Kreisverwaltung.

Das macht DIE LINKE jedenfalls nicht mit. Wir erklären unsere Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung für die von ihr geleistete Arbeit.

Wenn durch die Altersstruktur der Beschäftigten der Kreisverwaltung in wenigen Jahren enorme Besetzungsprobleme verhindert werden sollen, müssen wir ausbilden, ausbilden und nochmals ausbilden, auch über den augenblicklichen Bedarf hinaus. Das muss auch unter den miserablen Bedingungen der Kommunalfinzen passieren.

Die Interessen und Rechte der Gemeinden und Kommunen müssen berücksichtigt werden.

2) Gute Arbeit für alle!

Jobcenter/Optionskommune

Die Optionskommune ist nicht die Antwort auf die dramatische Lage der Langzeitarbeitslosen und den darniederliegenden Arbeitsmarkt im Kreis Recklinghausen. Die Optionskommune stellt einen Rückschritt auf die kommunale Arbeitsvermittlung der 20er Jahre dar.

Sie vermag weder besondere Qualität in der örtlichen/regionalen Entwicklung des Arbeitsmarktes zu erreichen und zu beweisen, noch umfassend auf Programme zur Bekämpfung dieser Massenarbeitslosigkeit zurückzugreifen.

Die Bundesarbeitsverwaltung ist abgehängt worden.

Ein Austausch mit den EDV-Programmen mit den Daten der Bundesarbeitsverwaltung ist wegen mangelnder Schnittstellen nicht möglich und wird auch systematisch von der Bundesarbeitsverwaltung verweigert.

Regional eingekaufte Programme der ARGEN zur Schulung/Qualifizierung der Arbeitslosen stehen den Optionskommunen als Mitnutzer nicht zur Verfügung. Die Optionskommune (Kreis Recklinghausen) muss eigene Programme dieser Art beschreiben und einkaufen, was sowohl finanziell ineffektiv als auch qualitativ mangelhaft ist.

Wir fordern daher, für die Dauer des Bestehens der Optionskommune, einen Antrag des Kreises Recklinghausen an das Bundesministerium, wonach nicht nur die Kooperation über die zur Verfügungsstellung von EDV-Schnittstellen, sondern auch die Teilhabe an Bundesprogrammen ermöglicht wird, zu stellen.

Durch die Übertragung der Durchführung der Aufgaben der Optionskommune auf die kreisangehörigen Städte ergeben sich nun zusätzliche Probleme:

1. Die Fachaufsicht ist beim Kreis angesiedelt.
2. Die Dienstaufsicht und Organisationshoheit liegt bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der einzelnen Städte.

So können Forderungen nach kostenfreien Internetzugängen und dem kostenlosen Auslegen von Fachzeitschriften etc. nur jeweils in den 10 kreisangehörigen Städten als politische Forderung gestellt werden. Diese Fragen müssen zentral über den Kreis geregelt und insoweit der Organisationshoheit der Städte Auflagen erteilt werden. Das Gleiche gilt für die telefonische Erreichbarkeit und die Antragsannahme.

Im Rahmen der Fachaufsicht der Zentralstelle der Optionskommune (Kreis) muss darauf hingewirkt werden, dass die Vermittlung in Minijobs unterbleibt und nur in sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen erfolgt. Wer vollzeit- und versicherungspflichtig beschäftigt vermittelt wird, soll nicht Aufstocker werden. Bisher jedenfalls, so die statistischen Auswertungen, vermittelt die Optionskommune noch häufiger in Billigjobs als vormals die ARGEN.

Alle anderen Probleme der unsäglichen Agenda- und Hartz-Politik von SPD und GRÜNEN schlagen weiter auf die Betroffenen voll durch. Vom hemmungslosen Sanktionierungswahn bis zur Teilnahmeverpflichtung an völlig sinnlosen Umschulungen bleibt alles beim Alten.

Wenn Umschulungsmaßnahmen konzipiert und angeboten werden, muss erreicht werden, dass auf die gesellschaftlichen Bedürfnisse eingegangen wird.

So ist z. B. der Personalmangel (Pflegenotstand) mit anerkannten, mehrjährigen Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen mit qualifiziertem Abschluss zu bekämpfen.

Solche Programme sind in die Zielvereinbarungen mit den 10 Städten des Kreises aufzunehmen.

Die jetzt schon vorliegenden Abweichungen von den Zielvereinbarungen von 40 – 60 Prozent sprechen eine deutliche Sprache gegen die Optionskommune.

DIE LINKE hat in der Vergangenheit heftig gegen die Optionskommune gekämpft. Das wird auch so bleiben.

Insgesamt ergibt sich daraus die Forderung, die bundesorganisierte Arbeitsvermittlung und Verwaltung wiederherzustellen, um die dramatische Schlechterstellung der Arbeitslosen zu beenden.

In der Zwischenzeit fordern wir die hundertprozentige Besetzung der offenen Stellen und die Schaffung eines Springerpools von mindestens 20 Arbeitsplätzen. Die Optionskommune ist gescheitert.

ÖBS

Das entwürdigende Zwangsinstrument „1-Euro-Job“ muss beseitigt werden. Die Mittel, welche derzeit dafür aufgewendet werden, 1-Euro-Jobs und damit den dauerhaften Verbleib in der Arbeitslosigkeit zu finanzieren, könnten bereits heute für echte, tariflich bezahlte und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im gemeinnützigen Bereich verwendet werden. Anstatt den dauerhaften Verbleib in der Arbeitslosigkeit durch Finanzierung von so genannten „Arbeitsgelegenheiten“, sinnlosen Bewerbungstrainings und anderen fragwürdigen Maßnahmen zu zementieren, müssen die vorhandenen Mittel dafür eingesetzt werden, Menschen eine echte, selbstbestimmte Lebensperspektive zu eröffnen.

Der öffentliche Beschäftigungssektor (ÖBS) der Kommunen, Landkreise und Länder könnte die wichtigste Stellschraube sein, über die der Staat verfügt, wenn es um die Schaffung fairer Arbeitsbedingungen geht. Die LINKE im Kreis Recklinghausen unterstützt Beschäftigungsmöglichkeiten im Rahmen des öffentlichen Beschäftigungssektors.

Im Bereich der Gemeinwohlarbeit gibt es zahlreiche Möglichkeiten einer sinnvollen und dauerhaften Beschäftigung, welche privatwirtschaftlich aufgrund mangelnder Profitaussichten nicht geleistet werden. Dazu zählen u.a. verschiedenste soziale Dienstleistungen, kulturfördernde Arbeiten und Tätigkeiten im Umweltschutz. Der Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors bietet Chancen zur nachhaltigen Verringerung der Arbeitslosigkeit, welche „Selbstverpflichtungen“ der Wirtschaft und leere Versprechungen nicht bieten.

DIE LINKE unterstützt im Kreistag Konzepte, die einen öffentlichen Beschäftigungssektor im Kreis Recklinghausen ausbaut und realisiert.

Die Partei DIE LINKE im Kreis fordert:

- Die Bildung von Beiräten, die sich aus Vertreterinnen und Vertretern von Gewerkschaften, Arbeitgebervereinigungen, der Arbeitsverwaltung, der Städte im Kreis RE, Trägern von Maßnahmen sowie natürlich von Initiativen zusammensetzen, zur Entwicklung des ÖBS im Kreis Recklinghausen.
- Schaffung eines Ombudsrates, der unabhängig bei Konflikten zwischen „Betroffenen“ und der jeweiligen Institution vermittelt und regelmäßig im Kreistag berichtet.
- Gründung einer **Öffentlichen Beschäftigungsgesellschaft** zur Schaffung von längerfristigen Beschäftigungsmöglichkeiten zur Erfüllung sinnvoller gesellschaftlicher Aufgaben in sozialen, kulturellen, sportlichen, infrastrukturellen und ökologischen Bereichen.
- Die Tätigkeiten müssen sozialversicherungspflichtig und existenzsichernd bezahlt werden. Ein Mindestlohn von 10 Euro muss mindestens umgesetzt werden.
- Der Kreis Recklinghausen fordert von Bund und Land Mittel für die ÖBS-Projekte im Kreis Recklinghausen.

newPark

Seit gut 15 Jahren wird der newPark als der Stein der Weisen zur Schaffung von Arbeitsplätzen dargestellt. Obwohl es seit 40 Jahren im Ruhrgebiet keine Industriensiedlung mehr gab, wird weiter behauptet, der newPark müsse nur hergerichtet und vorgehalten werden, um solche Industriensiedlung wahrscheinlich zu machen.

Obwohl mit Erschließungskosten in Höhe von rd. 150 Millionen Euro zu rechnen ist, wird ohne jede wirtschaftliche Untermauerung weiter aus dem Kaffeensatz gelesen und die Realisierung weiter betrieben.

Von der „Sonderwirtschaftszone“ bis zum kleinteiligen Verkauf (5 ha) der Grundstücke wurden alle möglichen Initiativen entwickelt. Auf keiner Immobilienmesse wurden diese oder ähnliche Flächen angefragt.

DIE LINKE wird weiterhin gegen diese Verschleuderung von staatlichen und privaten Mitteln Stellung beziehen.

In allen Städten des Kreises gibt es unendlich viele Grundstücke in den dort entwickelten Gewerbegebieten und Parks. Wenn einmal die interkommunale Zusammenarbeit richtig verstanden wird und nicht zum Leistungsabbau oder zum Streichungswahn verkommt, dann ist hier die Möglichkeit gegeben, auf Kreisebene zu helfen, dass all diese Grundstücke zentral angeboten und beworben werden. Das wollen wir.

Den newPark wollen und brauchen wir nicht. Von der ökologischen Katastrophe bei der Entwicklung der newPark-Fläche wollen wir erst gar nicht reden. Öffentliche Gelder des Kreises dürfen für dieses Vorhaben nicht verschleudert werden, deshalb lehnt die LINKE im Kreis Recklinghausen Risikobürgschaften ab.

Datteln IV

DIE LINKE ist gegen den Schwarzbau Datteln IV. Die rechtswidrige Genehmigungspraxis der Behörden, die neuerliche Vertuschung durch ein Zielabweichungsverfahren, die diesen Bauskandal ermöglichen soll, lehnt die LINKE ab. Die LINKE im Kreis Recklinghausen unterstützt die angedachte Klage der Stadt Waltrop gegen den Zielabweichungsbescheid vom LEP NRW zur 7. Änderung des Regionalplanes, eine Anfechtungsklage zu erheben.

3) Für einen lebenswerten und sozialen Kreis

Frauen

Trotz jahrzehntelangen Kampfs um Gleichberechtigung gibt es noch viel zu tun.

Frauen müssen im Beruf, in der Politik, in der Bildung und in den Medien eine gleichberechtigte Teilhabe bekommen. Sie müssen vor Diskriminierung und Gewalt geschützt werden. Benachteiligungen, wie der anhaltende Lohnunterschied von mehr als 20 Prozent und der geringe Anteil von Frauen in Entscheidungspositionen, verweisen auf patriarchalische Strukturen, die es zu überwinden gilt.

Die Arbeit der LINKEN im Kreistag ist eine konsequente Gleichstellungspolitik.

- Wir unterstützen die Frauenberatungsinfrastruktur im Kreis. Alle Frauen sollen die Möglichkeit haben, unbürokratische schnelle Hilfe zu finden, um ihre Lebenssituation zu verbessern.
- Das Regionalsekretariat des Kreises muss verstärkt die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze für Frauen betreiben.
- Wir fordern die Einrichtung einer ständigen Kreisfrauenkonferenz, bestehend aus lokalen Frauen- und Mädcheninitiativen und -arbeitskreisen, den Gleichstellungsbeauftragten und Frauenhäusern, die Vorschläge zur Verbesserung der Situation der Frauen erarbeiten soll.

Kinder und Jugendliche

Wer in die Förderung von Kindern und Jugendlichen investiert, investiert in die Zukunft. Deshalb muss der Kreis Recklinghausen alles tun, um Ungleichheiten zu beseitigen und allen Kindern den Zugang zu einer qualifizierten Bildung und Ausbildung zu ermöglichen. Persönliche Schwierigkeiten von Schülerinnen und Schülern sollen diese Bildungschancen nicht zunichtemachen.

- Die Erziehungsberatungsstellen und der Sozialpsychiatrische Dienst im Kreis sind unbedingt personell besserzustellen.
- Ebenso ist sicherzustellen, dass alle gesetzlich vorgegebenen Gesundheitsuntersuchungen durchgeführt werden.
- Die LINKE fordert deswegen den Ausbau der schulsozialarbeiterischen Begleitung, Einschulungsbeihilfen und kostenlose Schokotickets für Bedürftige an den Berufskollegs.

Migrantinnen und Migranten

Deutschland ist ein Zuwanderungsland, also ist auch der Kreis Recklinghausen ein Zuwanderungsgebiet. Dieser Tatsache muss die Politik Rechnung tragen und vorsorgend aktiv werden – sowohl in den einzelnen Städten als auch im und durch den Kreis. DIE LINKE sieht die Integration dieser Menschen als große Aufgabe und Gewinn für die Gesellschaft.

- Wir fordern die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben, unabhängig von ihrem Pass.
- Gleichzeitig sehen wir aber auch einen besonderen Bedarf bei der Integration vieler Familien in die demokratische Gesellschaft.
- Die Politik ist aufgefordert, jeglichen Rechtspopulismus zu unterlassen. Rassismus ist ein Verbrechen und muss entsprechend geahndet werden.

Da kein Mensch ohne wichtigen Grund seine Heimat verlässt, ist der Begriff „Sozialtourismus“ zu Recht als „Unwort des Jahres 2013“ geißelt worden.

Sicherheit

Sicherheit und Ordnung in Städten werden meist bei aktuellen Anlässen in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Reale Sicherheitslage und öffentliche Wahrnehmung unterscheiden sich dabei aber zum Teil erheblich. Die Sicherheitslage in städtischen Räumen ist im Wandel: Das Gefühl von Unsicherheit in den Städten verändert sich, ebenso die Arbeitsteilung der Sicherheitsakteure. Das sind im Wesentlichen die Polizei und die Ordnungsämter, aber auch die Unternehmen des ÖPNV.

- So fordert DIE LINKE, dass die Mitglieder des Polizeibeirates in angemessenen Abständen über Entwicklungen bei der Sicherheit berichten.

Kultur

Kultur ist ein wichtiger Aspekt der Lebensqualität, Grundlage persönlicher Selbstentfaltung und gesellschaftlicher Verständigung. Sie allen Menschen zugänglich, erlebbar und umsetzbar zu machen bleibt unsere zentrale Forderung. Erlebbar Kultur stiftet Identifikation der Einwohnerinnen und Einwohner mit ihrer Region. Die Städte im Kreis Recklinghausen sind reich an kulturellen Einrichtungen und kulturellen Traditionen.

- Wir fordern als ein sinnvolles Projekt der interkommunalen Zusammenarbeit die Vernetzung der Kultureinrichtungen.

Im Kreis Recklinghausen leben immer mehr Menschen und vor allem Kinder in prekären Verhältnissen. Wenn Menschen sich vor allem Gedanken über das Morgen machen müssen, spielt Kunst und Kultur in ihrem Leben eine immer geringere Rolle.

- Wir fordern die kreisweite Einführung eines „Kulturpasses“ für alle Menschen, die staatliche Transferleistungen einschließlich Wohngeld beziehen. Er soll unbürokratisch eine Ermäßigung von bis zu 75% für Eintritte in öffentlichen kulturellen Einrichtungen ermöglichen. Außerdem fordern wir die Anerkennung von Kulturpassen aller Städte in Deutschland.

4) Bildung und Ausbildung: ein universales Menschenrecht

Berufliche Ausbildung soll zum einen für einen Beruf und die Arbeitswelt vorbereiten und befähigen, die Lebens- und Zukunftsplanung für junge Menschen zu gewährleisten, Selbstentfaltung und Persönlichkeitsentwicklung ermöglichen. Zum anderen ist sie "Sozialisationsinstrument" für das Erleben und Umsetzen "Guter Arbeit" und damit Weiterentwicklung von Gesellschaft.

Der Kern des deutschen Ausbildungssystems ist die in gemeinsamer Verantwortung von Unternehmen und Berufsschule gestaltete duale Ausbildung. Politik befindet sich hier in einem besonderen Spannungsfeld von unternehmerischen Interessen mit ei-

ner möglichst hohen Profitspanne, dem Recht des Einzelnen auf ein menschenwürdiges Leben und dem Ziel eines hohen Bildungsniveaus zum Wohle aller.

Der Kreis Recklinghausen lag in den letzten Jahren mit einem Zuwachs von über 10 Prozent aller Schülerinnen und Schüler in den berufsbildenden Schulen über dem landes- und bundesweiten Trend. Deutliche Schülerzuwächse hatten die Berufskollegs in Castrop-Rauxel, Dorsten, Marl und in Recklinghausen das Herwig-Blankertz-Berufskolleg zu verzeichnen. Allerdings hat sich im Vest vor allem der Anteil der Schüler in den berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen mit 41 Prozent erhöht. Die Zahl der Berufsschülerinnen und -schüler im dualen System ist dagegen im Unterschied zum Landestrend deutlich zurückgegangen. Immer mehr Jugendliche suchen vergeblich nach einem Ausbildungsplatz. Und immer weniger Unternehmen bilden aus. Die Ausbildungsbilanz für den Kreis Recklinghausen hat im Jahr 2013 einen traurigen Tiefstand von 42 Prozent erreicht. Wie katastrophal die Situation im Kreis ist, zeigt der Vergleich mit dem bundesdeutschen Durchschnitt. Kreisweit bewerben sich durchschnittlich 2,5 junge Menschen um einen Ausbildungsplatz, deutschlandweit dagegen nur 1,2. Dies zeigt, dass die Ausbildungssituation im Kreis deutlich schwächer ist als in anderen Regionen. In der Folge steigt der Anteil der vollzeitschulischen Bildungsgänge im Kreis Recklinghausen stärker an als im übrigen Land.

Die berufliche Erstausbildung legt eine Grundlage für individuelle Bildungswege und Erwerbsbiografien. Die Qualität der Ausbildung hat daher oberste Priorität.

Das Ziel linker Ausbildungspolitik orientiert sich am Konzept einer "Guten Ausbildung" als biografisch betrachtetem Vorläufer "Guter Arbeit". Sie will das Recht aller jungen Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben und auf berufliche Teilhabe an der Gesellschaft sowie das Interesse der Gesamtgesellschaft an qualifizierten, selbstbewussten und selbstbestimmten Menschen. Das bedeutet, das Recht auf Ausbildung verbindlich zu verankern und jedem und jeder eine seinen/ihren Fähigkeiten und Interessen entsprechende berufliche Erstausbildung zu ermöglichen. "Gute Ausbildung" bedeutet dabei, eine umfassende und moderne Ausbildung zu erfahren, die nach Maßstäben der Jugendlichen die Verwirklichung eigener Interessen und Neigungen, transparente Entwicklungsmöglichkeiten und guten Verdienst mit einem vollwertigen und anerkannten Abschluss verbindet.

DIE LINKE setzt sich daher ein für:

- Die Beseitigung der weiterhin bestehenden Raumknappheit und eine Optimierung für die schulische Nutzung.
- Eine Ausstattung der Berufskollegs mit zeitgemäßer Hard- und Software sowie entsprechender Möblierung.
- Die Schaffung von personellen, fachlichen und räumlichen Voraussetzungen, damit Inklusion auch im Bereich der Berufskollegs gelingt. Es muss sichergestellt werden, dass jeder und jede Auszubildende die unterstützenden Angebote bekommt, die seine und ihre individuellen Bedürfnisse erfordern.
- Das Recht aller Jugendlichen ein, die berufliche Ausbildung gebührenfrei zu absolvieren.
- Das Recht, dass alle Auszubildende in betrieblichen wie in staatlichen Ausbildungsverhältnissen eine angemessene Vergütung erhalten.
- Eine bundesweit einheitliche Regelung von Mindestausbildungsentgelte für in dualer Ausbildung Befindliche.
- Befreiung von Schulgebühren.

- Mehr Mitbestimmung im Ausbildungsunternehmen und in der Berufsschule, um gewerkschaftliches und gesellschaftliches Engagement zu befördern.
- Die Stärkung der Rechte von Auszubildenden, nicht als billige Arbeitskräfte ausgenutzt zu werden.

In der Verteilung von Jungen und Mädchen fällt im Kreis Recklinghausen auf, dass sich der generell geringe Anteil der Mädchen in den Berufskollegs in den letzten Jahren noch verringert hat. Besonders betroffen ist davon die duale Ausbildung mit einem Mädchenanteil von nur noch knapp 40 Prozent. Das Ausbildungssystem muss aus Sicht der LINKEN zur Überwindung überkommener geschlechtlicher Rollenzuweisungen beitragen. Die Berufswahl ist entscheidend für die späteren Verdienstaussichten und Aufstiegsmöglichkeiten. DIE LINKE macht sich dafür stark, dass die Berufsberatung stärker auf individuelle Bedürfnisse ausgerichtet wird. Es gilt, junge Frauen und Männer besser dahin gehend zu beraten, ihre geschlechtsspezifischen Präferenzen zu überwinden. Hierzu müssen auch die Berufsberaterinnen und -berater fortgebildet werden. Von Frauen dominierte Ausbildungsberufe müssen mehr Anerkennung finden und der schlechten Bezahlung in diesem Bereich entgegen gewirkt werden.

In der beruflichen Bildung sollen inklusive Angebote für Menschen mit Behinderungen Vorrang haben. Eine qualifizierte Berufsausbildung ist für junge Menschen mit Behinderung besonders notwendig. Das Menschenrecht, Beruf, Ausbildungsstätte und Arbeitsplatz frei wählen zu können, darf spätestens mit dem Beschluss der Bundesregierung, die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu ratifizieren, kein rein theoretischer Anspruch bleiben. Hier müssen hochwertige und angemessene Qualifikationsangebote vorgehalten werden. Ziel muss allerdings sein, Menschen mit Behinderungen zukünftig nicht mehr auszusondern, sondern ein gemeinsames Aufwachsen und Lernen behinderter und nicht behinderter Jugendlicher zu ermöglichen. Menschen mit Behinderungen müssen deutlich mehr Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt eröffnet werden. Dazu gehören auch flexible Übergangsmöglichkeiten von Werkstätten für behinderte Menschen auf dem Arbeitsmarkt. Unterstützungsangebote müssen dem im SGB IX verankerten individuellen Wunsch- und Wahlrecht dieser Personengruppe entsprechen. Eine differenzierte und zielstrebige Förderung von Jugendlichen mit Lernbeeinträchtigung oder mit sozialer Benachteiligung gehört nach Auffassung der LINKEN zu den öffentlichen bildungspolitischen Aufgaben. Für die berufliche Inklusion von Menschen mit Behinderung tragen alle öffentlichen und privaten Unternehmen eine besondere Verantwortung. Sie müssen ihrer gesetzlich verankerten Beschäftigungspflicht endlich in vollem Umfang nachkommen. Jugendliche mit Migrationshintergrund sind im gesamten Bildungssystem vielfach benachteiligt. Für sie müssen spezifische Förderangebote bereitgestellt werden, hierzu sind konkrete Konzepte der berufsbildenden Schulen zu entwickeln. Zur Verbesserung der Ausbildungs- und Berufsintegration junger Menschen mit Migrationshintergrund bedarf es eines qualifizierten Netzes von Beratungsstellen für ausländische Nachwuchskräfte, von Jugendmigrationsdiensten und von Programmen zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit.

Für DIE LINKE besteht der finanzielle Kern eines künftigen europäischen und deutschen Ausbildungssystems in einer solidarischen Finanzierung dualer Ausbildungsplätze durch die Unternehmen selbst. Als geeignete Grundlage sieht sie eine Umlagefinanzierung an, die alle Unternehmen und Institutionen nach ihren Möglichkeiten einbezieht und an alle Auszubildenden ausgeschüttet wird. In öffentlicher Verantwor-

tung liegen im Bereich der beruflichen Bildung insbesondere die institutionelle Gewährleistung von Ausbildung, ihre infrastrukturelle Unterstützung und juristische Absicherung sowie die finanzielle Förderung.

5) Für eine sozial-ökologische Verkehrswende

Der motorisierte Individualverkehr nimmt überhand, besonders in den Ballungsräumen: Das führt zu enormen Belastungen der Umwelt und der Menschen, die an großen Verkehrswegen wohnen. Dagegen stellt sich für den ländlich geprägten Raum die Frage, wie sich Mobilität für Menschen ohne Auto überhaupt noch realisieren lässt. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, den ständigen Sparmaßnahmen im öffentlichen Verkehr intelligente Verkehrskonzepte entgegenzusetzen, die Mobilität für alle und überall gewährleisten. Die Zurückdrängung des Autos aus den Innenstädten kann nur gelingen, wenn als Alternative neben barrierefreien Bussen und Bahnen auch ein gut ausgebautes regionales Radwegenetz zur Verfügung steht, das Fahrten ohne störende oder gefährliche Unterbrechungen gewährleistet. Hierbei müssen die Kommunen auch vom Land mit auskommender Finanzierung unterstützt werden.

Im Kreis Recklinghausen, in dem die Städte Herten, Datteln, Waltrop und Oer-Erkenschwick über keinen Bahnanschluss verfügen, wird beim öffentlichen Personennahverkehr zu viel gespart. So schränkt sich für die Menschen, die nicht mit dem Auto unterwegs sein können oder wollen, Mobilität immer mehr ein. Dringende Ausbaumaßnahmen unterbleiben, die Unterhaltung der bestehenden Infrastruktur wird vernachlässigt. Sparmaßnahmen bei Bus und Bahn treffen besonders Jugendliche, ältere Menschen und solche, die sich kein Auto leisten können. DIE LINKE will den motorisierten Individualverkehr zugunsten des öffentlichen Verkehrs verringern.

Gerade für Pendler oder Besucher von Innenstädten bieten Bike- oder Park-and-Ride Systeme interessante Alternativen. Sie können eine ökologisch sinnvolle und praktische Möglichkeit zur Beruhigung des Innenstadtverkehrs sein. Fahrgemeinschaften, Car-Sharing und Leihradssysteme können sowohl in Städten als auch im ländlichen Raum wirken.

In den Ballungsräumen sind attraktive Taktzeiten der öffentlichen Verkehrsmittel, auch in den Abendstunden, besonders wichtig. In den ländlichen Bereichen, in denen getaktete Linien zu wenig ausgelastet sind, braucht es intelligente Nahverkehrskonzepte. Anruf-Sammeltaxis oder Busse-nach-Bedarf-Systeme können hier soziale und ökologische Antworten sein.

Öffentliche Verkehrsunternehmen dürfen nicht privatisiert und damit dem Profitstreben untergeordnet werden. Verkehrssubventionen zur Steuerung der Takte und Verkehrssysteme sind erforderlich, um den Herausforderungen an ein soziales und ökologisches Verkehrssystem gerecht zu werden. Hierbei ist zu beachten, dass der öffentliche Personennahverkehr, genau wie der motorisierte Individualverkehr, niemals kostendeckend betrieben werden kann.

Das Ziel der Fraktion DIE LINKE ist ein flächendeckender öffentlicher Verkehr, der von allen Menschen benutzbar sein muss. Dazu ist es auch notwendig, Barrieren für in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen zu beseitigen. Gerade für Menschen mit

Behinderungen ist ein barrierefreier ÖPNV wichtig, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können.

DIE LINKE tritt ein für:

- Mobilität für alle, denn Mobilität ist ein Grundrecht. Dazu gehören Sozialtickets in Höhe des Regelsatzes von Hartz IV, Jugend- oder Seniorentarife, die gleichberechtigt ohne Zeitlimit genutzt werden können. Firmen- oder Jobtickets sind attraktiver zu gestalten.
- Eine Vorbildfunktion der öffentlichen Verwaltung bei der Bereitstellung von Firmentickets.
- Eine deutliche Erhöhung des Anteils von öffentlichem Personennahverkehr, Wegen zu Fuß und Fahrradverkehr am gesamten Verkehrsaufkommen.
- Den Aufbau von multimodalen Mobil-Stationen, in denen die unterschiedlichen Verkehrsträger gebündelt werden und der Wechsel zwischen den verschiedenen Systemen für den Fahrgast barrierefrei, sicher und komfortabel erfolgen kann.
- Einen individuellen ÖPNV, in dem sich der Nutzer sein eigenes Ticket nach persönlichem Bedarf, z. B. mit Car-Sharing oder Leihradnutzung, zusammenstellen kann.
- Den Erhalt demokratischer Kontrollmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern über den öffentlichen Verkehr.
- Die Vergabe von Regionalstrecken nur an Verkehrsunternehmen, die Tariflöhne zahlen.
- Einen zügigen Ausbau der Barrierefreiheit von Bussen, Bahnen, Haltestellen und Fahrplänen.
- Das Auflegen eines Investitionsprogrammes des Kreises zum Umbau von Haltestellen in barrierefreie Haltestellen.

6) Für die Würde des Menschen im Alter!

Leben im Alter: Selbstbestimmt und in sozialer Sicherheit

Die Menschen in unserer heutigen Gesellschaft werden immer älter – und das ist gut so! Der Lüge vom demografischen Wandel als Problem treten wir entgegen: Noch nie ist die gesellschaftliche Produktivität so gewachsen, noch nie standen so viele Ressourcen bereit, dass wir Menschen gut, selbstbestimmt und selbstständig auch im Alter leben können. Aber wir wissen, dass der gesellschaftliche Reichtum in unserer kapitalistischen Gesellschaft ungerecht verteilt ist, sich in den Händen weniger befindet. Hier ist Umfairteilen angesagt!

Trotzdem hat sich die soziale Lage für viele alte Menschen in den letzten Jahren verschlechtert. Unzureichende Rentenerhöhungen, Verteuerung des Wohnraumes, die Kürzungen im Gesundheitssystem, um nur einige Beispiele zu nennen, treffen vor allem alte Menschen und am meisten die Seniorinnen. Auch im Krankenhaus und in der Pflege werden durch die vielfältigen Kürzungen oder den Personalmangel vor allem Menschen im Alter getroffen.

Für viele Seniorinnen und Senioren und für alle, die eine Pflegestufe haben, gilt die UN-Behindertenrechtskonvention. In ihr ist z. B. das Recht von Menschen mit Behinderungen festgeschrieben, dass sie das Recht haben, selbstbestimmt am sozialen Leben teilzuhaben und sich z. B. die Art des Wohnens selber auszusuchen.

Altersarmut, Isolation von alten Menschen und die mangelnde Möglichkeit, auch im Alter sich auszusuchen, wie und wo sie leben wollen, bestimmt für viele Menschen auch im Kreis Recklinghausen ihr Leben. Wir brauchen „Dörfer in der Stadt“, Stadtteile, in denen alle notwendigen Angebote zum Leben barrierefrei vorhanden sind, die gut an den Öffentlichen Nahverkehr angebunden sind, in denen soziale Treffpunkte und Angebote vorhanden sind. Dies liegt oft in der Verantwortung der Städte, aber auch der Kreis Recklinghausen kann hier Einfluss nehmen.

DIE LINKE im Kreis Recklinghausen fordert deshalb:

- Weiterführung und Ausbau des Modellprojektes in Dorsten, in dem konkret mit den alten Menschen überlegt wurde, wie sie besser und länger in ihren Wohnungen bleiben können. Das Projekt muss auf den ganzen Kreis Recklinghausen ausgedehnt werden.
- Einrichtung einer unabhängigen Beratungsstelle zum persönlichen Budget. Das persönliche Budget erlaubt es auch alten Menschen mit Behinderungen, mit der Hilfe von Assistentinnen und Assistenten weiter zu Hause zu leben. Fortbildung von Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern des Kreises zum persönlichen Budget.
- Überprüfung von stationären und ambulanten Einrichtungen der Altenpflege durch die Heimaufsicht des Kreises, ob diese die UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen.
- Überprüfen der personellen Situation in den Altenpflegeeinrichtungen, ob genügend Personal vorhanden ist, um den Bewohnerinnen und Bewohnern die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und um die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen.
- Konsequente Umsetzung von Barrierefreiheit in den Verwaltungsstellen und Einrichtungen des Kreises für alle Formen von Behinderungen.
- Ausbau der Beratung von alten Menschen bzgl. der verschiedenen Möglichkeiten, das Leben im Alter zu gestalten und zu wohnen: Leben zu Hause mit Assistenz, Umbau der eigenen Wohnung; Senioren-WGs, Tagespflege, ambulante oder stationäre Pflege.

7) Gesundheit!

Gesundheit ist ein Menschenrecht, sie darf kein Luxus werden!

Zuständig für den öffentlichen Gesundheitsdienst ist das Gesundheitsamt des Kreises. Es ist mit seinen Aufgaben Gesundheitsförderung und Gesundheitsaufklärung bei der Verbesserung der Gesundheitsversorgung als die unabdingbar notwendige Schaltstelle auszubauen.

Von A wie AIDS-Beratung bis Z wie Zahnärztlicher Dienst umfasst es ein breites Aufgabenspektrum und ständig kommen neue Aufgaben hinzu. Gleichzeitig wird angesichts des katastrophalen Haushaltes beim Personal gekürzt.

- Die LINKE setzt sich für den Ausbau des öffentlichen Gesundheitsdienstes als Service für die Bevölkerung ein. Innovative Projekte der Gesundheitsförderung und -prävention sind (auch mit Landes-, Bundes- und EU-Mitteln) zu entwickeln und durchzusetzen.

Die Querschnittsuntersuchung der Einschulungsjahrgänge 2006 – 2009 zeigt die Abhängigkeit der kindlichen Entwicklung von ihrer sozialen Umgebung und die Auswirkungen ungleicher Lebensbedingungen.

- Wir fordern eine kostenlose aufsuchende sozial- gesundheitliche Betreuung von Kleinkindern.
- Wir wollen eine Ausweitung der gesundheitspräventiven Angebote vor allem für Kinder und Jugendliche. Nur so können die gesundheitlichen Folgen der um sich greifenden Kinderarmut begrenzt werden. Der öffentliche Gesundheitsdienst muss hier innovativ und koordinierend tätig werden und braucht mehr fachlich kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
- Die gesetzlich vorgeschriebenen Einschulungs- und Entlassuntersuchungen müssen sichergestellt werden.
- Wir fordern die Revitalisierung der Kreisgesundheitskonferenz.

8) Gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderungen sollen gleichberechtigt und selbstbestimmt ihr Leben gestalten!

„Barrierefrei – aber nicht so bald“ – unter dieser Überschrift verkündete die Recklinghäuser Zeitung, dass der Umbau der Haltestellen im Kreis Recklinghausen zu barrierefreien Haltestellen noch 10 Jahre und mehr dauern wird! Begründet wird dies mit der Leere der kommunalen Kassen. Menschenrecht nach Kassenlage – auch im Kreis Recklinghausen! – Dies können wir nicht hinnehmen!

123.000 und damit 20% der Bürgerinnen und Bürger im Kreis Recklinghausen leben mit einer Behinderung.

Seit einigen Jahren gilt die UN-Behindertenrechtskonvention. In dieser werden die Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen festgehalten. Die Kernaussage der Konvention ist, dass sich die Gesellschaft so verändern muss, dass ein barrierefreies und inklusives Leben von Menschen mit Behinderungen selbstverständlich ist. Eine barrierefreie und inklusive Gesellschaft nützt allen Menschen: So profitieren von den Aufzügen in den Bahnhöfen zu den Bahnsteigen Menschen mit kleinen Kindern, Menschen mit viel Gepäck, Seniorinnen und Senioren, Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer und Menschen mit Behinderungen. Mit barrierefreier Sprache z. B. können alle Menschen eher und selbstständiger ihre Rechte durchsetzen, wie z. B. ihre Rente beantragen.

DIE LINKE tritt dafür ein, dass die UN-Behindertenrechtskonvention schnell auf der Ebene des Kreises Recklinghausen umgesetzt wird. Es gilt die Barrieren in baulichen, kommunikativen, rechtlichen und administrativen Bereichen zu überwinden. Und es gilt dabei, zunächst die Barrieren in den Köpfen zu überwinden!

Wir fordern deshalb für den Kreis Recklinghausen:

- Bildung einer Inklusionskommission bzw. eines Behindertenbeirates, der aus Vertreterinnen und Vertretern der Selbsthilfe von Menschen mit Behinderungen, der Verwaltung und jeder Fraktion zusammengesetzt ist. In der Inklusionskommission müssen alle Vorhaben des Kreises auf ihre Auswirkung bzgl. der Inklusion überprüft werden.
- Erarbeitung und Erstellung eines Inklusionsplanes für den Kreis Recklinghausen unter Federführung der Inklusionskommission und unter breiter Beteiligung der Selbsthilfe der Menschen mit Behinderungen.
- Schaffung von mehr Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Menschen mit Behinderungen in der Kreisverwaltung.
- Schaffung einer unabhängigen Beratungsstelle zum persönlichen Budget; in dieser Beratungsstelle sollen Menschen mit Behinderungen die Beratung leisten.
- Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung zum persönlichen Budget.
- Herausgabe aller Schriftstücke des Kreistages und der Verwaltung auch in einfacher Sprache, damit alle Bürgerinnen und Bürger ohne Hilfe ihre Leistungen auch erhalten können.
- Ausstattung der Sitzungssäle des Kreistages und der INFO in der Kreisverwaltung mit Induktionsschleifen für Hörbehinderte.
- Systematische Überprüfung der Gebäude des Kreises auf Barrierefreiheit unter Einbeziehung der Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Behinderungen und der Agentur Barrierefrei NRW.
- Förderung der aufsuchenden Beratung von Seniorinnen und Senioren, damit sie länger und selbstständig zu Hause wohnen können (Projekt des Kreises in Dorsten).
- Nutzung des Tarifreue- und Vergabegesetzes, um Betriebe, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen, und Integrationsunternehmen zu unterstützen.

9) Ökologie

Der Kreis Recklinghausen besteht aus 10 sehr unterschiedlichen Städten mit insgesamt mehr als 620.000 Einwohnern, er ist damit der bevölkerungsreichste Kreis in Deutschland. Entsprechend weit gefächert sind dadurch auch die Anforderungen und Wünsche die in den Städten an das ökologische Umfeld gestellt werden.

So unterschiedlich die Umwelt in den einzelnen Städten auch ist: DIE LINKE Im Kreis Recklinghausen tritt für eine lebenswerte und lebendige Stadt für alle ein. Verkehrsplanung, Wohnungsbau, Freizeitmöglichkeiten und Erholung, öffentliche Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten müssen, unter Beachtung ökologischer Belange, auf die Bedürfnisse aller ausgerichtet werden.

Auch unter den Bedingungen des Klimawandels müssen die größeren Städte im Kreis lebenswert bleiben. Es müssen mehr Freiflächen erhalten und geschaffen werden, die für die Verbesserung der Luftverhältnisse unerlässlich sind. Der auch von der Landesregierung als Ziel angestrebte Null-Flächenverbrauch erfordert ein Umsteuern der städtischen Bauleitplanung. Immer neue Wohngebiete auf Freiflächen sind ebenso ein Tabu wie Gewerbebetriebe oder Einkaufszentren auf der „Grünen Wiese“. DIE LINKE ist der Auffassung, dass vorrangig alte, ungenutzte Industrieflächen aufzuarbeiten und einer neuen Nutzung zuzuführen sind. Das Profitinteresse vieler Eigentümer, solche Flächen brach liegen zu lassen, um keine Altlasten entsorgen zu müssen, ist nicht akzeptabel.

Zur Sicherung der Verträglichkeit von Wohnen und Industrie müssen die bestehenden Vorgaben wie der Abstandserlass und die Immissionsschutzgesetze eingehalten und ständig überprüft werden. Kohlekraftwerke, die statt der vorgeschriebenen 1.500 m nur 500 m von einer Wohnsiedlung entfernt stehen sollen, dürfen auch nicht mit Ausnahmegenehmigung gebaut werden – auch nicht in Datteln, selbst dann nicht, wenn der Bauherr ein Energiekonzern wie E.ON ist.

Beim Einzelhandel muss es gerade angesichts der wachsenden Probleme mit dem Individualverkehr um eine quartiersnahe Versorgung gehen. Auch deshalb lehnt DIE LINKE Einkaufszentren auf der „Grünen Wiese“ ab. Gleichzeitig kann das leidige Thema der abends „toten“ Innenstädte nur durch eine Belebung des Wohnens in der Innenstadt gelöst werden – auch wenn Kaufhäuser und Bürogebäude mehr Rendite bringen. Immer mehr Projekte führen zu Auseinandersetzungen oder werden beklagt. DIE LINKE ist vor diesem Hintergrund nicht für weniger, sondern für mehr Bürgerbeteiligung an der Erarbeitung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen, insbesondere für größere Vorhaben. Beschleunigte Bebauungsplan-Verfahren ohne Bürgerversammlung und ohne Umweltverträglichkeitsprüfung lehnt DIE LINKE strikt ab.

Das Herzstück des sozial-ökologischen Umbaus ist die Energiewende hin zu einer sozialen, ökologischen und demokratisch kontrollierten Energieversorgung:

Die LINKE steht deshalb konsequent für eine kommunale und dezentrale Energieerzeugung und Nutzung. 100 Prozent erneuerbare Energien, dieses Ziel muss jetzt konsequent angegangen werden. Die Energieversorgung muss Zug um Zug dezentralisiert und (re)kommunalisiert werden. Unbedingt zu bevorzugen sind erneuerbare Energien (Wasserkraft, Windenergie, Sonnenstrahlung, Erdwärme, Biomasse, Biogas), bei deren Produktion aber strikt auf die Einhaltung ökologischer Kriterien geachtet werden muss. Das gilt insbesondere für Biomasse, Wind- und Wasserkraft. Dennoch muss die Energiewende bezahlbar bleiben und sich nicht zum Nachteil der Bevölkerung entwickeln.

Die auch im Kreis Recklinghausen geplante Gewinnung von Erdgas durch das sogenannte "Fracking" wird von der LINKEN weiterhin bekämpft. DIE LINKE ist hier die einzige Partei, die sich konsequent und vor Ort, gegen jegliche Form dieser Erdgasgewinnung ausspricht. Die enormen Risiken, die diese Technologie birgt, von der (Trink-)Wasserkontaminierung bis hin zu Bergsenkungen verbunden mit geologischen Setzungsschäden, sind in keiner Weise akzeptabel und stellen eine permanente Gefährdung der Städte und Gemeinden und der Menschen, die in ihnen leben, dar.

Auch wenn der Kreis Recklinghausen industriell geprägt ist, verfügt er doch immer noch über große landwirtschaftliche Nutzflächen. DIE LINKE will diese Flächen für die Landwirtschaft erhalten und durch Gestaltung von Raumordnungs- und Flächennutzungsplänen aktiv an einer umwelt- und sozial-verträglichen Pflanzenproduktion sowie artgerechter Tierhaltung in der Landwirtschaft mitwirken.

DIE LINKE unterstützt kommunal und auf allen Ebenen die Einwohnerinnen und Einwohner sowie ihre Vereinigungen, die sich gegen Umweltbelastungen und -gefahren wehren oder den Naturschutz fördern. Sie unterstützt den Kampf um ökologische Alternativen auf allen Gebieten. Sie setzt sich dafür ein, dass auch die Gewerkschaften das Thema Umwelt- und Ressourcenschutz noch ernster nehmen und das Scheindilemma „Umwelt oder Arbeitsplätze“ überwinden. Umweltschutz, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit widersprechen sich nicht und bilden für uns eine Einheit und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

DIE LINKE tritt ein für:

- Einschränkung des Flächenverbrauchs mit dem Ziel des „Nullverbrauchs“ durch Vorrang für Innenverdichtung; Begrenzung von Baumaßnahmen im Außenbereich (§ 35 Baugesetzbuch)
- Erweiterung der Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung bei Flächennutzungsplan- und Bebauungsplanverfahren; Einschränkung beschleunigter Verfahren
- Verbesserung der Wohnbedingungen und des Wohnumfelds durch Zusammenlegung von kleinen Wohnungen, Unterstützung bei energetischer Sanierung durch kommunale Beratungsstellen und Schaffung von Grünflächen

- Die Zusammenführung von Arbeit, Wohnen, Einkaufen und Freizeit statt weiterer Zersiedelung, die zu weiten Wegen zur Arbeit oder zum Einkaufen führt; dabei müssen die bestehenden Abstands- und Immissionsschutzregelungen strikt eingehalten werden
- Keine Einkaufszentren auf der „Grünen Wiese“
- Vorrangige Nutzung von gewerblichen Brachflächen für Neuansiedlungen von Gewerbe und Industrie; konsequente Verpflichtung der früheren Besitzer beziehungsweise Nutzer zur Altlastenbeseitigung
- Ein Verbot aller Atommüll- und Urantransporte über das Gebiet der kreisangehörigen Kommunen
- Den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger, als erstes zur Stromerzeugung
- Den damit zu verbindenden schrittweisen Ersatz von Erdgas durch EE-Gas Erneuerbare-Energien- Gas (auch häufig als Windgas bezeichnet) und Biogas -ausschließlich aus nachhaltigen Rohstoffen (pflanzliche Abfälle)
- Gegen Erdgasgewinnung und das sog. "Fracking" zur Gasgewinnung
- Weitgehender Ausstieg aus der Müllverbrennung und Anwendung umweltverträglicher Entsorgungsverfahren
- Erstellung von Aktionsplänen zur Minimierung der Abwasserbelastung
- eine Reduzierung der Lärm- und Feinstaubbelastung, vor allem in den Innenstädten
- Die Verpachtung der kommunalen landwirtschaftlichen Nutzflächen, vorrangig für den ökologischen Landbau, wodurch auch die Ausbildung in der ökologischen Landwirtschaft gefördert werden soll.
- Ein generelles Verbot von Genversuchen und dem Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen auf kommunalen, landwirtschaftlichen Nutzflächen. Gentechnikfreie Regionen sind zu stärken und auszubauen. Initiativen und Bürgerbegehren vor Ort werden von uns aktiv unterstützt.
- Die Unterstützung der Produzentinnen und Produzenten bei der Direktvermarktung regionaler Produkte und die Förderung von gastronomischen Betrieben, die vorrangig regionale Produkte anbieten. Das fördert die regionale Wirtschaft; Ressourcenverbrauch durch weite Transporte wird reduziert.
- Den Erhalt von bebauungsfreien Flächen mit forst- und landwirtschaftlicher Nutzung sowie von Brachen für die Erholungsansprüche der Stadtbevölkerung, ebenso wie als Frischluftschneisen für städtische Räume.
- Unterstützung der Arbeit der Naturschutzverbände.

10) Für ein solidarisches und demokratisches Miteinander

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Für DIE LINKE ist der Lehrauftrag bei Jugendlichen ein Bewusstsein dafür zu entwickeln, dass politische und soziale Spannungen nachhaltig allein durch zivile Konfliktbearbeitung gelöst werden können.

Die ständige Verpflichtung für alle Menschen aus dem Schwur von Buchenwald »Nie wieder Faschismus und nie wieder Krieg« (siehe analog auch Grundgesetz Artikel 139) muss ein Leitgedanke kommunaler Politik sein und in den Schulen auch den kommenden Generationen vermittelt werden. DIE LINKE tritt für eine demokratische und zivile Politik, die auf internationale Solidarität und Zusammenarbeit baut. In diesem Sinne sollten auch Städtepartnerschaften ausgestaltet werden.

Im Kreis müssen »Ehrenmale« und »Kriegerdenkmale« zu Mahnmalen gegen den Krieg umgewidmet werden. Entsprechende Textergänzungen sind zu erarbeiten. Auf diese Weise kann ein weiterer Beitrag zum angemessenen Umgang mit der deutschen Geschichte geleistet werden.

In diesem Zusammenhang müssen auch offizielle Patenschaften mit Kameradschafts- oder Reservistenverbänden oder Bundeswehreinheiten beendet werden.

Antifaschismus muss ein Grundstein unserer Gesellschaft sein.

Die LINKEN kämpfen schon seit Jahren auf den unterschiedlichen Ebenen gegen faschistische und rassistische Umtriebe und deren Anfänge im rechtspopulistischen Milieu. Rechtspopulismus ist der Nährboden für Faschismus!

Die LINKEN werden sich auch zukünftig für die Förderung antifaschistischer Kultur und das Zurückdrängen rechtsextremen Gedankengutes in der Gesellschaft einsetzen. DIE LINKE wird die Zusammenarbeit mit regionalen und überregionalen Bündnissen aus dem antifaschistischen Spektrum unterstützen. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Die Partei DIE LINKE im Kreis fordert:

- Unterstützung zivilgesellschaftlicher friedenspolitischer Projekte und Initiativen.
- Verhinderung von Werbekampagnen der Bundeswehr u.a. mit „Jungoffizieren“ in den Kollegschaften und in den Jobcentern des Kreises Recklinghausen.
- Die Förderung der Erinnerungsarbeit durch Ausbau und Pflege von antifaschistischen Gedenkstätten, Denkmälern, Gedenkplatten, Stolpersteinen sowie die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen und Organisationen.
- Die Beantragung der Mitgliedschaft in der „Europäische Städte Koalition gegen Rassismus“ der UNESCO.
- Einrichtung einer Exit-Kontaktstelle (Aussteigerprogramm für alle Spielarten des Rechtsextremismus) und Beratungsstelle.
- Bei der Neu- und Umbenennung von Kreisstraßen werden antifaschistische Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer berücksichtigt.

- Die Porträts der ehemaligen Landräte im Kreishaus werden – soweit sie in die Zeit des Faschismus fallen oder durch faschistische Handlung aufgefallen sind – durch angemessene Schrifttafeln mit entsprechendem Inhalt ersetzt.

11) Stärkung der lokalen Demokratie

Der Erfolg von Bürgerbegehren in den letzten Jahren zeugt, die Menschen wollen an politischen Entscheidungen beteiligt sein. In Kreis und Städten muss Politik bürgerfreundlich und transparent organisiert werden, damit Bürger nicht ausgegrenzt, sondern ermutigt werden, ihren Willen auszudrücken.

DIE LINKE steht für:

- Eine Stärkung der lokalen Demokratie, indem sie gegen die Verkleinerung des Kreistages ist.
- Eine transparente Politik, die auch bei schwierigen Themen die Öffentlichkeit in den politischen Gremien nicht ausschließt.
- Ein Kreistags- und Bürgerinformationssystem, in dem alle Unterlagen (auch in leichter Sprache verfasst), die Gegenstand der öffentlichen Debatte oder von großer Bedeutung für den Kreis sind, im Internet veröffentlicht werden.
- Eine umfassende demokratische Mitwirkung, damit die Menschen auch außerhalb von Wahlen an allen grundsätzlichen Entscheidungen beteiligt sein. Deshalb wird DIE LINKE für ein starkes Informationsfreiheitsrecht und einen niedrighschwelligigen Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zu Akten und Daten staatlicher Stellen eintreten. Wir wollen insbesondere stärker sichtbar machen, wer bei der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen beteiligt ist. Mögliche Einflussnahmen externer Personen oder Organisationen auf Beschlussvorlagen dürfen nicht geheim gehalten oder verschleiert werden, sondern müssen für die Öffentlichkeit transparent und nachvollziehbar gemacht werden, etwa durch eine entsprechende Kennzeichnung im Dokument.
- Eine Gesellschaft, in der alle Menschen Bürgerrechte haben, die in der jeweiligen Stadt oder Ort ihren Lebensmittelpunkt haben und es wollen.
- Eine inklusive Gesellschaft und eine Gemeinschaft, in denen alle eine Chance auf ein eigenständiges Leben haben. Herkunft, Alter, Geschlecht oder Hautfarbe darf kein Hemmnis, sondern soll und muss vielmehr eine Bereicherung der kulturellen Vielfalt sein.
- Übertragung der Kreistagssitzung in das Internet

Es lohnt sich, wählen zu gehen. Denn die Zukunftsgestaltung des Kreises Recklinghausen darf nicht in Parteizirkeln, bürokratischen Verwaltungsrunden oder in der Grauzone sogenannter Hinterzimmergespräche ausgehandelt werden.

Darum lohnt es sich, DIE LINKE zu wählen!